

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heine, Fahrenbach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 248 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 20

Nummer 10

Düsseldorf, den 12. März 1932

Versandort Krefeld

Scheidung der Geister

M. In besonderem Maße greift das gegenwärtige politische Geschehen tief ein in das gesamte soziale Leben unseres Volkes. Die Wellen der politischen Leidenschaft schlagen hoch auf, bewegt und aufgewühlt durch den Streit politischer Meinungen und Gegnerschaft. Das Schlagwort und die Phrase dominieren, politische Agitation und Propaganda beherrschen das Feld, Gegnerschaft steht gegen Gegnerschaft, Volksgenossen gegen Volksgenossen. Je heißer aber der politische Kampf entbrennt, je schärfer die Gegensätze aufeinanderprallen, um so größer wird die Gefahr der politischen Verwirrung, der Urteils- und Maßlosigkeit in der Stellungnahme des einzelnen zum politischen Geschehen.

Um so mehr ist in dieser Zeit eine klare, sachlich objektive Stellungnahme der Arbeiterschaft zu den bevorstehenden Entscheidungen notwendig. Denn was in diesem politischen Streite unter der Parole der Reichspräsidentenwahl vor sich geht und an Gegenmeinungen sich begegnet, ist nicht mehr nur parteipolitischer Gegensatz, sondern grundsätzliche weltanschauliche und soziale Entscheidung — ist Scheidung der Geister überhaupt. Das Positive trennt sich vom Negativen, Bejahung des sozialen Volksstaates scheidet sich von der Verneinung und Bekämpfung der sozialen Volksrechte — insbesondere der sozialen Anerkennung und Gleichberechtigung der unteren Volksschichten, der Arbeiterschaft. Das zwingt die christliche Arbeiterschaft und die christlichen Gewerkschaften — unbehelligt ihrer parteipolitischen Neutralität — zur grundsätzlichen Stellungnahme. Kaum jemals waren die sozialen Belange, die Volksrechte der deutschen Arbeiterschaft so in Gefahr, kaum jemals stand für sie so viel auf dem Spiele, wie in dieser gegenwärtigen Entscheidung. Kaum jemals waren der gesamte Fortschritt und die ganze Zukunft so bedroht, wie in dieser Zeit. Wehen heillos hat sich der politische Radikalismus von rechts und links ausgeliefert an die Vertreter der sozialen Reaktion. Ihre Handlanger beeinflussen mit persönlichen und finanziellen Machtmitteln jene Politik der „Opposition“, in deren Hintergrunde nicht wahres nationales Streben, sondern die Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft steht.

In den Gewerkschaften steht diesen Bestrebungen ein starkes Bollwerk entgegen, an dem immer wieder die Verwirklichung dieser sozialreaktionären Absichten scheiterte. Deshalb der Kampf gegen die Gewerkschaften, die man wieder beseitigen und mit Hilfe der politischen Macht zerschlagen möchte. Die Zerschlagungsarbeit politischer Betriebszellen dient diesem Bestreben. Gelingt es, die Arbeiterschaft durch die politische Verhehlung zu zersplittern und ihr das Vertrauen zur Gewerkschaft zu nehmen, gelingt es, die gewerkschaftliche Geschlossenheit durch diese politische Beeinflussung zu untergraben, dann wird ihre Widerstandskraft gelähmt und der reaktionäre Erfolg gesichert. Dann kann man die Arbeiterschaft wieder zum „Proletariat“, zum entrechteten und abhängigen fünften Stande machen, der macht- und willenlos der Willkür der anderen preisgegeben ist.

Die Erkenntnis dieser Gefahr führt für die Arbeiterschaft zur zwingenden Konsequenz: sie kann sich nicht damit begnügen, in abwartender Stellungnahme diesen Bestrebungen zuzusehen, die unter dem Deckmantel der Politik verfolgt werden. Die Arbeiterschaft, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, wird durch diese Erkenntnis zum aktiven Vorgehen gezwungen, zur klaren eindeutigen Entscheidung: Für Freiheit und Lebensrecht aller Volksschichten, für Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der deutschen Arbeiterschaft im sozialen Volksstaat steht und kämpft unsere Bewegung seit ihrem Bestehen. Wer mit uns dafür steht, ist unser Freund, wer dagegen steht, unser Feind.

Darum unser Eintreten für Hindenburg, darum unser Kampf gegen seine Gegner, darum unsere Abwehr gegen jeden Versuch einer politischen Diktatur — ganz gleich ob sie von „rechts“ oder von „links“ kommt. Der Name „Hindenburg“ bürgt uns für die Erhaltung eines sozialen Volksstaates, trotz aller Not und der Schwere der gegenwärtigen Krise. Er ist uns Gewähr für die Sicherung wahren deutschen Volkstums, dessen Wurzeln — nicht in Rassenherberlichkeit oder Klassendiktatur — sondern im Christlichen und Sozialen liegen. Er ist uns Gewähr zugleich für die Entfaltung wirklich nationaler Aufrechtsein, politischer und sozialer Freiheit, für sinnvolles Zusammenarbeiten aller Stände und Schichten und damit für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg unseres Volkes überhaupt. Darum gibt es für die christlichen Gewerkschaften in der Frage der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl nur eine einheitliche Stellungnahme. Ihr Standpunkt ist klar, ihre Entscheidung eindeutig: sie steht zu Hindenburg.

Für Hindenburg!

Der 13. März ist für das deutsche Volk ein Tag der Entscheidung.

Kräfte des Aufruhrs, Kräfte der Volkszerfegung, Kräfte der sozialfeindlichen Reaktion wollen den Tag zum Umsturz des „herrschenden Systems“ machen.

Der Umsturz des „Systems“ gilt der Beseitigung des Volksstaates. Er gilt der Zerstörung der sozialen

Entwicklung. Er gilt der Vernichtung der Gewerkschaften, der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterschaft. Er gilt der Zurückwerfung der Arbeiterschaft in ein rechtloses Massenelend.

Ein deutscher Mann steht diesem Zerstörungswillen entgegen.

Als Führer der deutschen Soldaten war er Deutschlands Retter in Krieg und Zusammenbruch.

Als Führer des Reiches war er in sieben Notjahren der Hüter des Volkes.

Und für den 13. März steht er, ein Bollwerk deutscher Treue, vor dem bedrohten Volk. In seinen Händen die schlichte Fahne der Pflicht.

Hindenburg hat sich für das Volk entschieden.

Er entschied aus Liebe zu Volk und Vaterland. Er entschied aus der Erkenntnis wahrer Volksrechte, wahrer Volksfreiheit. Er entschied aus dem Bewußtsein um das Lebensrecht aller Volksschichten und Stände.

Seine Entscheidung ist das moralische Todesurteil für alle Hohlheit der Phrase, für alle Minderwertigkeit der Geste, für allen zerstörenden Willen der radikalen Elemente.

Wer die deutsche Treue liebt und ehrt, steht bei Hindenburg. Wer für das deutsche Volk Recht und Freiheit will, steht bei Hindenburg.

Wer das Lebensrecht aller Volksschichten und Stände bejaht, steht bei Hindenburg.

Die christliche Arbeiterschaft ehrt und liebt den Mann echt christlicher Pflichterfüllung und siegreicher Treue in Hindenburg.

Sie ehrt und liebt den Führer des Volkes, der sieben Jahre deutsches Volksrecht nach innen und außen schützte.

Sie ehrt und liebt den Mann, der in der Stunde der Gefahr jede parteipolitische Gebundenheit von sich wies, um in schlichter Treue der

Retter des Volkes

zu dienen bis zum letzten Atemzuge.

Jeder christliche Arbeiter wird mit allen Gleichgesinnten des Volkes am 13. März an der Wahlurne Hindenburg seinen Dank sagen.

Der Vorstand
des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands.



Für Volk und Vaterland

„Nach ernster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereitschaft eine Pflicht erblicken.“

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.

Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation!“

von Hindenburg.

weil er zum sozialen Volksstaat steht. Sie stimmt für Hindenburg, an dessen Namen sich die Geister scheiden. Sie kennt unbeirrt des Wirrwarrs der parteipolitischen Parolen und Meinungen nur ein Entweder — Oder. Entweder mit — oder gegen uns. Die Parole der christlichen Gewerkschaften heißt:

Für Hindenburg.

Die evangelische Arbeiterschaft für Hindenburg

Der Vorstand des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hat in einem Aufruf die Mitglieder aufgefordert, ihrer Verantwortung zu genügen und ihre Entscheidung so zu fällen, daß sie mit der evangelischen, nationalen und sozialen Haltung der evangelischen Arbeitervereine in Einklang steht. Aus dieser Formulierung ist zu entnehmen, daß sich der Gesamtverband indirekt für die Wahl des Reichspräsidenten Hindenburg ausspricht. Eine klarere Formulierung konnte vom Gesamtverband wohl

nicht erwartet werden, da einzelne seiner Führer in engen parteipolitischen Bindungen zu Parteigruppen stehen, welche Gegenkandidaten gegen Hindenburg aufgestellt haben. Viel deutlicher als der Vorstand des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine spricht sich eine Rundgebung der evangelischen Arbeitnehmerführer für die Wiederwahl des Reichspräsidenten aus. Unter der Ueberschrift „Hindenburg bleibt Reichspräsident“ stellt dieser Aufruf, der von 160 Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären und Sekretärinnen unterzeichnet ist, fest, daß die evangelischen Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten am 13. März 1932 Hindenburg wählen. Unter dieser 160 Namen, an deren Spitze der Name des Reichstagsabgeordneten Emil Karl Hartwig steht, der innerhalb der evangelischen Bewegung führende Stellen, so als Mitglied des hohen Senats der evangelischen Kirchen der altpreussischen Union, der Generalsynode und des brandenburgischen Provinzialkirchenrats bekleidet, fehlt keines eines namhaften Führers aus der evangelischen Bewegung. Damit ist klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß die evangelischen Arbeitnehmer Deutschlands den Reichspräsidenten Hindenburg wiederum zu ihrem Reichspräsidenten wählen werden.

Sozial - christlich - national

Wir wollen den sozialen Staat: Wir bekennen uns zur Volksgemeinschaft. Im Rahmen derselben sind wir eine Berufsinteressengruppe. Wir wollen aber weder als Christen noch als Arbeiter freiwillig einer extremen Machtsgruppe sein. Wir wollen keinen Klassen- oder Rassenstaat. Beide Staatsstypen scheiden ihrer Idee nach den bewußt christlichen Gedanken aus. Weil wir die Anwendung der Menschen von diesen Grundwahrheiten für falsch halten und die Handlungen im praktischen Leben von der christlichen Weltanschauung getragen wissen wollen, deshalb haben wir unsere wirtschaftliche Berufsorganisation auf der christlichen Weltanschauung aufgebaut. Wir wollen die Anerkennung des Arbeiters nach christlicher Weltanschauung. Dann ist er nicht nur Arbeitsmaschine, sondern in seiner Berufung mit jedem anderen Menschen gleichgestellt, und mag derselbe materiell noch so viel ärmer sein. Wir wollen die Achtung vor solchem Menschsein nicht in der Praxis des wirtschaftlichen und politischen Tageskampfes vernichtet sehen. Wir wollen deshalb den sozialdenkenden Arbeiterführer und den sozialdenkenden Politiker. Unsere Forderung vom Tarifvertrag und der Sozialgesetzgebung basiert auf dieser Grundlage unserer Weltanschauung.

Wenn wir auch als Arbeiter die wirtschaftlich schwächste Gruppe sind, so haben wir doch eine gewisse Position im Wirtschaftsleben errungen, und wir haben deshalb auch heute noch nach dieser Richtung hin sehr viel zu verlieren. Die gesamte soziale Gesetzgebung in ihrer Hauptposition durch diese Zeit der wirtschaftlichen und geistigen Wirrnisse hindurchzusetzen, muß unsere besondere Aufgabe sein. Wir haben heute das zu verteidigen, worum weitblickende Sozialpolitiker seit mehr als einem Menschenalter gerungen haben. Und gerade diesen Lebensfragen der deutschen Arbeiterschaft drohen heute von der sogenannten „nationalen Opposition“ wie von den radikalen Revolutionären die größten Gefahren. Die Menschen um Hugenberg verkörpern schärfste Reaktion, insofern im wirtschaftlichen wie auch im politischen Leben. Eine Gemeinschaft mit uns in der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse lehnen sie grundsätzlich ab. Sie wollen die Diktatur in Wirtschaft und Staat. Sie wollen die Macht gegen die Arbeiter mißbrauchen. Sie wollen dem Volksstaat die Grundlage entziehen. Sie wollen und können uns deshalb als Gemeinschafts- und Vertragskontrahenten nicht anerkennen. Leider gesellt sich zu dieser Gruppe von Hugenberg auch der Nationalsozialismus. Von der Seite haben wir Laten für die Arbeiterschaft noch nicht gesehen, aber starke Worte sehr viel gehört. Diese Äußerungen sind so vielseitig und verschwommen, daß Unternehmer und Arbeitnehmer davon eingespargen werden sollen. Bezeichnend für die Arbeiterschaft ist, daß die Kreise um Hugenberg in einer Front mit dem Nationalsozialismus stehen. Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bewegung mit Geldern der Schwerindustrie gespeist wird. Die deutsche Arbeiterschaft aber muß einer politischen Partei, die mit der Reaktion in einer Front kämpft, das größte Mißtrauen entgegenbringen.

Wir wollen den christlichen Staat. Die christlichen Gewerkschaften beurteilen eine Bewegung und ihre Arbeiten nach von der grundsätzlichen Seite her. Sie schließen von der grundsätzlichen Einstellung auf die Auswirkungen der Bewegung. Aus vielen Verlautbarungen, aus Reden und Schriften namhafter Führer der NSDAP, muß der Schluss gezogen werden, daß diese Bewegung ebenso wie Karl Marx den Rassen eine neue Weltanschauung, eine Religion bringen will. Alfred Rosenberg, H. v. H. der NSDAP, sagte in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ u. a. folgendes: „Wir erkennen heute, daß die zentralen Höchstwerte der römischen und der protestantischen Kirche als negatives Christentum unserer Seele nicht entsprechen, daß sie den organischen Kräften der nordisch-rassisch bestimmten Völker im Wege stehen, ihnen Weg zu machen haben, sich neu im Sinne eines germanischen Christentums umwerten lassen müssen.“ Also die zentralen Höchstwerte der christlichen Religion sollen einer neuen nationalsozialistischen Religion weichen! Das alles hat Karl Marx ebenfalls viel früher gefordert. Wenn man deshalb auf nationalsozialistischer Seite

immer davon redet, daß man den Marxismus bekämpfen will, so scheint uns, daß man den Teufel durch Beizeub austreiben will. Auf der Grundlage einer solchen antichristlichen Weltanschauung kann man nur zu einem extremen Machtsstandpunkt gelangen, zu einem System, in dem die Macht unter allen Umständen Recht bedeutet. Wir wollen aber nicht die Diktatur irgend einer Klasse, weder der Kapitalisten noch der internationalen Marxisten, aber auch nicht der „nationalen Marxisten“. Wir sehen hier die auffallende Geistesverwandtschaft dreier Gruppen, und zwar der Reaktion um Hugenberg, der Nationalsozialisten und der Marxisten. Die letzteren sagen, der Tarifvertrag und die ganze soziale Gesetzgebung sei Verrat an der deutschen Arbeiterschaft, und die anderen sagen ebenfalls, die Gewerkschaften üben Verrat an der deutschen Arbeiterschaft. Wir sehen diese Gruppen immer in einer Front, wenn es heißt, gegen den Arbeiter zu sein. Wir sehen sie jetzt einig in der Parole, den Reichspräsidenten von Hindenburg zu bekämpfen. Wir sehen sie in einer Front, wenn die Regierung gestürzt werden soll. Wir werden sie in ihrer jetzigen Verfassung immer in einer Gegenfront sehen, wenn eine christlich-nationale und soziale Wirtschafts- und Staatspolitik getrieben werden soll.

Wir wollen den nationalen Staat: Wir wollen vor allem die politische und wirtschaftliche Freiheit des deutschen Volkes. Wir stehen zur Erklärung des

deutschen Reichskanzlers, daß das deutsche Volk keine Kriegskontingente mehr zahlen kann, und daß ihm auch in der Frage der Wehrmacht das gleiche Recht gewährt werden muß wie den anderen Völkern. Wir können aber nicht anerkennen, daß eine Machtsgruppe im Volke ein „Nationalpatent“ für sich beanspruchen kann. Alle Schichten des Volkes, die in ehrlischer, pflichtbewusster Verantwortung für die Volksgemeinschaft ihre ganzen Kräfte einsetzen, sind Glieder im nationalen Volksbund und müssen zur Mitarbeit an der Sicherung und Größe des christlich, sozialen und nationalen Staates herangezogen werden. Die christliche Arbeiterschaft will gleichberechtigter Staatsbürger sein und bleiben. Sie liebt die deutsche Nation, ihre deutsche Heimat, trotzdem sie die materiell ärmste Volksschicht ist. Auch wenn Millionen Arbeiter kein Eigenheim und kein Stück deutscher Erde als Eigenbesitz haben, so lassen sie sich doch an Vaterlandsliebe von irgendeiner anderen noch so begüterten Schicht nicht überreffen. Die christlichen Arbeiter stehen zur jetzigen Reichsregierung, weil sie eine soziale, eine christliche und eine nationale Politik betreibt, soweit ihr im Rahmen der Welt- und Volksverhältnisse, dazu die Möglichkeit gegeben ist. Die christlichen Arbeiter stehen aber besonders zum Reichspräsidenten von Hindenburg. Sie sehen klarer denn je in ihm den Garant der Volksgemeinschaft, der in der Pflichterfüllung ein unübertreffliches Beispiel gibt und das Recht bis zum letzten Atemzuge verteidigt. Diesem Helden der Volksgemeinschaft geben die Arbeiter am 13. März ihre Stimmen.

Hindenburgs Notruf

Fch. Im Sommer 1931 drohte der völlige Zerfall des deutschen Wirtschaftslebens. Das Ausland zog seine Kredite aus Deutschland zurück. Banken und Sparkassen konnten ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Sie schlossen ihre Schalter. Zahlreiche Wirtschaftsunternehmen brachen zusammen. Die Einnahmen des Reiches, der Länder und Gemeinden drohten zu versiegen, so daß höchste Gefahr bestand, an Beamte, Pensionäre, Sozialrentner und Arbeitslose keine Zahlungen mehr leisten zu können. Nicht nur die Wirtschaft, auch die staatliche Ordnung stand vor dem Zusammenbruch.

In dieser schweren Krise konnte nur noch vom Auslande Hilfe kommen. Hindenburg richtete am 20. Juni 1931 den nachstehenden Brief an Hoover, den Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika:

„Die Not des deutschen Volkes, die auf das höchste geht, zwingt mich, mit diesem außerordentlichen Schritt mich an Sie zu wenden. Nachdem das deutsche Volk unendlich schwere Jahre durchlebt hat, deren Höhepunkt der letzte Winter gewesen ist, und eine erhoffte Belebung der Wirtschaft in diesem Frühjahr nicht eingetroffen ist, habe ich auf Grund der mir durch die Reichsregierung verliehenen außerordentlichen Vollmachten Maßnahmen getroffen, um die Durchführung der notwendigen Staatsaufgaben und die Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeiten der arbeitslosen Bevölkerung sicherzustellen. Diese Maßnahmen schneiden tief in alle wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ein und verlangen von allen Teilen der Bevölkerung schwerste Opfer.“

Die Möglichkeiten, ohne Entlastung von außen durch innere Maßnahmen die Lage zu verbessern, sind erschöpft. Die Wirtschaftskrise, unter der die ganze Welt leidet, trifft das deutsche Volk, das durch die Folgen des Krieges seiner Ressourcen beraubt ist, besonders hart. Die ganze Welt hat, wie die Entwicklung der letzten Tage zeigt, nicht das Vertrauen, daß die deutsche Wirtschaft unter den gegenwärtig bestehenden Lasten zu arbeiten in der Lage ist. Große Kredite, die uns das Ausland gegeben hatte, sind zurückgezogen worden. Noch in den letzten Tagen hat die Reichsbank ein Drittel ihrer Gold- und Devisenreserven an das Ausland abgeben müssen. Eine weitere schwere Einschränkung unseres Wirtschaftslebens und eine Vermehrung der bereits jetzt mehr als ein Viertel der Industriearbeiterschaft betragenden Arbeitslosen muß unabwendbar die Folge dieser Vorgänge sein.

Könnten, Arbeitswille und Disziplin des deutschen Volkes rechtfertigen das Vertrauen in die Innere

der großen auf Deutschland lastenden unabänderlichen privaten Verpflichtungen und Anleihen. Deutschland bedarf aber zur Aufrechterhaltung seines Lebensmutes und des Vertrauens der Welt um seine Leistungsfähigkeit dringend einer Entlastung. Diese Entlastung muß sofort eintreffen, wenn nicht schwerer Unheil über uns und andere hereinbrechen soll. Es muß dem deutschen Volk die Möglichkeit erhalten werden, unter erträglichen Lebensbedingungen zu arbeiten. Die erforderliche Entlastung würde allen Ländern in ihren materiellen und moralischen Rückwirkungen auf die allgemeine Krise zugutekommen. Sie würde die Lage der anderen Länder verbessern und die Gefährdung Deutschlands durch innere und äußere Spannungen, hervorgerufen durch Not und Hoffnungslosigkeit, wesentlich herabmindern.

Sie, Herr Präsident, als der Vertreter des großen amerikanischen Volkes, haben die Möglichkeit, für das deutsche Volk und für die Welt die Schritte zu tun, durch die eine sofortige Aenderung der gefährlichen Lage herbeigeführt werden kann.

Dieser Notruf Hindenburgs zeigt den außerordentlichen Ernst der Lage, zeigt die ganze Größe der Gefahr, vor der wir im Sommer vorigen Jahres standen.

Hindenburgs Not- und Mahnruf fand Beachtung. Präsident Hoover machte ganz unvermittelt den Vorschlag, alle Zahlungen aus politischen Schulden für ein Jahr einzustellen. Damit auch unsere Reparationszahlungen. Frankreich machte große Schwierigkeiten. Trotzdem kam das Moratorium zustande. Hoover setzte sich bei den Leitern der Banken Amerikas, aber auch für ein Stillhalteabkommen mit Deutschland ein, damit auch die privaten Schulden an das Ausland den deutschen Kreditnehmern gestundet wurden. Auch dies gelang.

So konnte die drohende Gefahr durch den von Hindenburg unternommenen Schritt abgewendet werden. Nur weil sich unser Reichspräsident von Hindenburg solcher Hochachtung und Wertschätzung im Auslande erfreut, war dieser Erfolg möglich. So hat Hindenburg nicht nur im Kriege und beim Rückzug Deutschland vor dem Zerfall gerettet.

Wer vermöchte so treulos zu sein, den Schützer deutscher Grenzen, den Hort nationaler Ordnung und Sicherheit, den Ketter aus schmerzester Not am Wahltage im Stiche zu lassen. Gerade wir Arbeiter wollen ihm zeigen, daß der ärmste Volksgenosse der dankbarste und treueste ist.

Wir wählen Hindenburg.

Rätseln um Hindenburg

Als die Sozialdemokraten im März 1930 von Hindenburg kapituliert hatten und damit die letzten Möglichkeiten einer partiellistischen Wehrheitserschaft verstanden waren, hat Hindenburg bekanntlich die neuen Männer, die er mit Ministerkabinetten betraut hat, teilweise in seine Hand versprochen lassen, daß sie mit der Hebernahme des Amtes jede Abhängigkeit von ihren Parteien aufgeben wollten. Nicht als Parteimitglieder, sondern als ihrem eigenen Gewissen verantwortliche Persönlichkeiten sollten sie an ihr neues Amt herantreten und mit Hindenburg in Treue und Loyalität zusammenhalten.

Der Reichspräsident nimmt es mit solcher Verpflichtungen wirklich ernst. Deshalb verlor der Justizminister Bredt, der sich dann trotzdem von der Wehrheitspartei abhängig machte, so völlig sein Wohlwollen.

Der Reichspräsident vertritt aber auch natürlich und regelmäßig zu wahren. Als in den ersten Tagen dieser Präsidentschaft die Zentralinstanzen in einer Sitzung dem neuen Kanzler, ihrem bisherigen Vorgesetzten, Herrn Brüning, das Vertrauen der Partei“ ausgesprochen hatte, hat Herr Brüning sich eine väterliche Ermahnung bekommen. Er hat Wohlwollen, ganz Vertrauen, aber auch ganz ernste, väterliche Ermahnung, hat Hindenburg ihm bereits geteilt und ihm in seiner tiefen Stimme gesagt: „Ich habe gehört, daß die Zentralinstanzen Ihnen ihr Vertrauen ausgesprochen hat. — Das brauchen Sie nicht. — Sie haben mein Vertrauen.“ — Eine Vertrauensentziehung der Zentralinstanzen hat es jedoch nicht mehr gegeben.

Eine solche betriebliche jüdische Dame in den besten Jahren, die ihm während des 30-jährigen Gründungslebens ihres Vereins besonders unverwundlich auf den Leib richte, welche er in diesem Fall mit der väterlichen Ermahnung, die

„Szen, Sie gehören wohl dem Verein doch länger auch schon seit länger Gründung an.“

Es ist von einem Mitgliede des Ausschusses zur Leitung des neuen Streikbundes als „ausgerollt“ mitgeteilt worden, daß die Zahl der Gegner der Todesstrafe um einen mächtigen alten Herrn vermehrt worden sei, seitdem dieser Herr in Stuttgart einer Hinrichtung beigewohnt habe — trotz einer Hinrichtung sei doch etwas anderes Entschlossen und seine nicht mehr in unsere Zeit, habe er gesagt — fand er nur die nachdenkliche Bemerkung: „Hat er denn auch schon mal so einer Ermordung beigewohnt?“

Heber Ludendorff spricht er nicht über der erstaufragende Bild eines ihm nahestehenden jüdischen Besuchers auf des Bild Ludendorffs, das bei ihm an der Wand hängt, erzwang doch mal eine Auskunft. Es war kurz nach einem geschehenen Angriff Ludendorffs und nach dem reinlichen Benehmen an Ludendorffsdenkmal. „Sie wundern sich wohl, daß das da noch hängt? Aber das ist Kriegs-kameradschaft; die Erinnerung lasse ich mir nicht zerbrechen; das bleibt so!“

Je jünger die Menschen sind, die über den eigentlichen Fehler der Schlachten reden oder schreiben, desto häufiger zweifeln sie daran, daß Hindenburg selbst der wirkliche Vater der Siege sei. — Aber wenn's mal jetzt gegangen ist, dann ist es immer der Alte gewesen“, war bei geeigneter Gelegenheit die abweichende Bemerkung des Generalstabschefs zu solchen Betrachtungen.

Wendungen legendenhaft ist die zeitliche Heberföhan, die Hindenburgs Leben umsetzt und die in seinem Geiste lebendig gehalten ist, als liege das zwischen uns fern und heute. Das übermäßige Gerabzu eines Ludendorffs aus der alten, guttunlichen Stadt Teplitz, der dem allen Herrn die Hand geben durfte. „So kommen Sie den Herr“, sagte ihn

Hindenburg nie üblich bei der Begrüßung. „Aus Teplitz in Böhmen.“ „So, ja, da war ich auch mal, da habe ich am 30. Juni im Sommer 66 im Quartier gelegen.“

Damals war Hindenburg der Jüngling, der zum ersten Male den Krieg sah. Er stritt für den König von Preußen gegen den Kaiser von Österreich. Es gab noch kein deutsches Kaiserreich.

Die Reichsminister kann man nicht föhlmehr in Berlegenheit bringen, als wenn man ihnen die Frage vorlegt, die draußen im Lande von besorgten Freunden und hämischen Gegnern immer wieder gestellt wird, die Frage nämlich, ob Hindenburg in seinem hohen Alter denn wirklich noch einen eigenen Willen habe, oder ob er nicht vielmehr ein, auch alles unterschreibe, was ihm die zuständigen Minister vorlegen. „Wenn der Reichspräsident denn unter allen Umständen an irgendeiner Alterserscheinung leiden soll, dann ist es sicher eher die Dickköpfigkeit des Alters als die Nachgiebigkeit des Alters“, meint der Minister.

Allgemeine Rundschau

Zeitsperrermäßigung im freiwilligen Arbeitsdienst erweitert. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat soeben an die Landesarbeitsämter einen Erlaß gerichtet, in dem er mitteilt, daß die Deutsche Reichsbahn sich bereit erklärt hat, nunmehr generell allen Arbeitsdienstwilligen bei Reisen zum Antritt des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie bei der Rückreise zum Wohnort und nach Beendigung der Arbeit bis Ende des Jahres Fahrweiserermäßigung in Höhe der Hälfte des Fahrpreises der dritten Klassenklasse für Personen-ure zu gewähren. Anträge zur Erlangung der Zeitsperrermäßigung sind für die Einfahrt vom zuständigen Arbeitsamt auszustellen. Außerdem werden den Arbeitsdienstwilligen die Rückfahrkarten der Arbeiterwochenkarten oder Arbeiterhochfahrkarten zuteil. Die Vergünstigungen kommen allen Arbeitsdienstwilligen ausnahmslos zugute.

Die RSO. als Arbeiterinteressenvertreter

Wie die RSO. mit den Arbeitern Schindluder treibt, zeigt folgender Vorgang:

In den Gladbach-Mhendter Tageszeitungen war am 15. Januar 1932 folgende Notiz zu lesen:

„Kommunistischer Ueberfall auf Gewerkschaftssekretäre.“

Besten wurden die Gewerkschaftssekretäre Alex vom Deutschen Textilarbeiterverband, Rappessen vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter und Prinz vom Gewerksverein S.-D. vor der Tuchfabrik F. Cohen A.-G. an der Krefelder Straße von etwa 10-15 Kommunisten überfallen. Der Gewerkschaftssekretär Alex erhielt mehrere Schläge mit einer Eisenstange über den Kopf. Besitzt und Kleidung beschlagnahmt man ihn mit Schere und raubte ihm die Aktenfiche. Die Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange.“

Was gab den Kommunisten Veranlassung zu dieser nichtswürdigen Handlung? — Schon länger hatte die Betriebsleitung der Firma F. Cohen A.-G. versucht, vom Arbeiterrat die Zustimmung zur Einführung des Doppelstuhles zu erhalten. Der Arbeiterrat hatte in vorangegangenen Verhandlungen die Zustimmung verweigert. Auf Antrag der Betriebsleitung setzte der Arbeiterrat eine Arbeiterratsitzung an, zu der die Tarifvertragsparteien eingeladen wurden. Der Einladung des Arbeiterrates leisteten die Vertreter der Vertragsparteien Folge. Die RSO. aber gab an ihre Anhänger, die gar nichts mit dem fraglichen Betriebe zu tun hatten, die Parole heraus, am 14. Januar 1932, mittags um 14 Uhr an dem Betriebe zu sein, dort „sei etwas los“. Jugendliche, verheiratete und der Tragweite ihres Handelns sich nicht bewußte Elemente ließen sich dann zu der oben geschilderten Handlung den Gewerkschaftsvertretern gegenüber hinreißen.

Das Motiv zu dieser Handlung war nicht zuletzt Wut über die so kläglich gescheiterte Streikaktion der RSO. am 4. Januar 1932. Man hatte damals geglaubt, die Belegschaft des genannten Betriebes würde als erste der kommunistischen Streikparole Folge leisten. Jedoch die eigenen führenden RSO.-Mitglieder, die selbst im Betriebe beschäftigt sind, hatten nicht Mut genug, dem Rufe der RSO. Folge zu leisten.

Auch ein im Betriebe beschäftigter Arbeiter, Vater von drei Kindern, glaubte, wie die Feststellungen der Kriminalpolizei ergeben haben, sich ebenfalls am 14. Januar 1932 gegen die Gewerkschaftsvertreter betätigen zu müssen. Auf Grund dessen wurde er von der Betriebsleitung freigeschickt. Ob nun der betr. Arbeiter sich irgend einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß er seine Arbeitsstätte verlor. In dem Glauben, bei der RSO. seine Interessen gut vertreten zu wissen, wandte er sich an die Leitung der RSO. Mit folgendem Schreiben leistete die RSO. ihrem Mitglied „Hilfe“:

Gladbach-Mhendt, den 27. 1. 1932.

An den Vorsitzenden des Arbeiterrates der Firma Fritz Cohen A.-G.

M. Gladbach.

Seit dem September 1927 bin ich bei der obengenannten Firma beschäftigt. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Am 20. Januar wurde ich von der Firma ohne Angabe von Gründen entlassen. Sonstige Entlassungen sind nicht vorgekommen. Nach meinen Mutmaßungen ist die Entlassung wegen meiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit erfolgt.

Ich beantrage daher, aus den dargelegten Gründen gegen meine Entlassung beim Arbeitgeber Einspruch zu erheben und für den Fall der Ablehnung der Weiterbeschäftigung meine Ansprüche beim Arbeitsgericht geltend zu machen.

(Unterschrift).

Dieses Schreiben ist bezeichnend für die Tätigkeit der RSO.-Führer in Arbeitsrechtsachen. Jeder Arbeiter, der auch nur in etwa gewerkschaftlich geschult ist, weiß, daß vorstehendes Schreiben an den Arbeiterratsvorsitzenden keinen gültigen Einspruch gegen eine Kündigung darstellt. Auch kann mit diesem Schreiben kein Arbeiterrat ein Kündigungseinspruchsverfahren in Gang setzen. Dieses Schreiben beweist aber zur Genüge, daß die RSO. und ihre radikalen phrasendreschenden Vertreter nicht in der Lage sind, auch nur die einfachsten arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Gesetze auszuliegen, geschweige denn sie im Interesse der Arbeiter anzuwenden.

Senkung der Lebenshaltungskosten ungenügend!

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Januar 1932 nur um 4,5 Prozent gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Das ist zunächst ein schwaches Ergebnis der Preislenkung. Welches sind die Gründe dieser ungenügenden Senkung der Preise? In den letzten Jahren haben die Arbeitgeberkreise aller Branchen ungeheure Anstrengungen gemacht, um die Gesehungskosten der Produktion herabzudrücken. Sie wollten mit Recht dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig bleiben, darum mußten die Preise gesenkt werden. Unehrllich aber war das Spiel der Arbeitgeber, weil sie unter Gesehungskosten in der Hauptsache nur Lohn und Gehalt des Arbeitnehmers sahen. Nachdem infolge ihrer maßlosen Propaganda das Ziel erreicht wurde und der Anteil der arbeitenden Schichten des Volkes an dem Produktionsgewinn auf das denkbar geringste Maß herabgedrückt wurde, haben sie an einer entsprechenden Preislenkung, wie die Notverordnung sie vorsieht, kein Interesse mehr.

Mit besonderer Sorgfalt und Schärfe wurde der letzte Teil der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durchgeführt. Es bedurfte keiner besonders großen Verhandlungen mehr, um Lohn und Gehalt dieser neuen Notverordnung reiflos anzupassen. Hierfür hatte man in allen Schichten der Arbeiter eine auffallend gutes Verständnis und bereitwilligstes Entgegenkommen. Eigenartig aber ist die Erscheinung, daß man für den ersten Teil der Notverordnung, die Preislenkung, heute kaum noch Ver-

Wieder ist ein milder, von der RSO. angezettelter Streik kläglich zusammengebrochen. Ein großer Teil der Belegschaft der Baumwollspinnerei Ehingen hat am Samstag die fristlose Entlassung per Einschreibebrief erhalten. Die von der RSO. am ersten Streiktag geübte Sowjetflagge auf dem Fabrikgebäude wurde von Arbeitswilligen heruntergeholt und liegt im Büro zur Verfügung der „Weltrevolutionäre“.

Ein arger Käsejammer nach diesem Sowjetrausch macht sich jetzt schon fühlbar. Weshalb kam es zu diesem unfruchtlichen Streik und welche ebenso unfruchtlichen Forderungen wurden aufgestellt? Die Baumwollspinnerei Ehingen ging käuflich an die Spinnerei Lamperts-mühle über. Die neue Firma hat Neuerungen getroffen, die in andern Betrieben schon länger eingeführt sind und zu derartigen unbefonnenen Handlungen keinen Anlaß geben. Die Belegschaft, zum großen Teil unorganisiert, glaubte nun in der RSO. das Allheilmittel zu finden, weil diese mit Beiträgen von 20 Pf. in der Woche aufwarteten. Danach, ob diese Korporation Vertragskontrahent sei oder nicht, fragten die Unorganisierten nicht. Die Sowjetgewaltigen warteten mit folgenden Forderungen auf:

1. Der Betriebsrat wird abgesetzt. Die Redaktion der Süddeutschen Arbeiterzeitung (Kommunistenblatt) veröffentlichte allerdings diese Forderung wohlweislich nicht. Anscheinend mußten die Räbelsführer — die nebenbei bemerkt nicht einmal Angehörige des Betriebes waren — nicht, daß zur Auflösung eines Betriebsrats weder die Belegschaft, noch der Arbeitgeber, und auch nicht die RSO. berechtigt sind, sondern das zuständige Arbeitsgericht, an das der Antrag gestellt werden muß.

Die zweite Forderung: die Spinnerinnen bedienen wie bisher zwei und drei, anstatt wie verlangt vier Seiten bei gleicher Bezahlung.

Die dritte Forderung: die Kündigungen werden von der Firma zurückgenommen. — Es wurde nämlich auf Grund dieser Umstellung einigen Werksangehörigen gekündigt, von denen aber nur eines organisiert war und keinen Einspruch auf Grund des § 84 des B.R.G. erhob, obwohl es von einem Betriebsratsmitglied darauf aufmerksam gemacht wurde. Eine weitere Forderung lautete, daß weibliche Arbeitskräfte, die Männerarbeit verrichten, den Männerlohn erhalten; eine Regelung, die übrigens in unserm Wirtschaftsrecht schon längst festgelegt ist. Ferner wurde auf die auf Grund der Bierden Notverordnung und auf Grund der Verhandlungen der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes festgelegten Stundenlöhne ein zehnprozentiger Lohnzuschlag gefordert, und als letztes

Rändnis aufbringen will. Es entspricht ganz der Unehrllichkeit dieser Kreise der Arbeitgeber, wenn sie heute die These aufstellen, daß Lohn und Gehalt doch nur einen Bruchteil der Preiskalkulationen ausmachen, und ihre Senkung eine nennenswerte Preisherabsetzung nicht herbeiführen könne. Die Unternehmer wollen, das ist jetzt klar nachzuweisen, die ihnen durch den Lohn- und Gehaltsabbau zugeflossene Erhöhung der Gemeinnsparne in die eigene Tasche stecken. Dieses Geschäft ist ihnen mühe-los in den Schoß gefallen.

Die im Leitartikel „Lohnpolitische Korrektur“ in Nr. 9 unserer Zeitung wiedergegebenen Auslassungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände beweisen klar und deutlich, daß es den deutschen Arbeitgebern nur darauf ankommt, die lohnpolitischen Anordnungen der letzten Notverordnung durchzuführen, weil diese Herabsetzung der Löhne und Gehälter ihnen einen entsprechenden Reichsregierun betr. Senkung der Preise kommen für sie nicht in Frage. Daraus ist klar zu erkennen, woher der Widerstand gegen die Preislenkungsanordnungen des Preislenkungskommissars stammt. Die zielbewußte, energische Arbeit des Reichskommissars für Preisüberwachung wird dadurch zunichte gemacht. Gelingt es den Arbeitgebern, auf diese Art die Preislenkungsaktion zu zerbrechen, dann sind wir gezwungen, die Regierung an die Durchführung der Notverordnung und ihres Wertpreises zu erinnern. Es wird dann notwendig sein, den Reichskommissar mit schärferen Machtmitteln auszurüsten, um den Sabotagegefehlten der Unternehmer wirksamer entgegenzutreten zu können.

Schärfste Mitarbeit aller Verbraucherkreise bei der Preislenkung ist darum dringend erforderlich. Die Senkung der Preise muß von den Verbrauchern gefordert werden. Es darf nicht maßlos und ohne Ueberlegung gekauft werden. Bei jedem Einkauf müssen die Preise verglichen werden mit denen anderer Geschäfte. Die Hausfrauen sind besonders verpflichtet, auf Durchführung dieser Preislenkungsaktion zu achten. Ihre Mitarbeit ist die wertvollste. Sie müssen dort, wo es notwendig ist, eine Senkung der Preise fordern. Sie müssen darauf achten, daß die Anordnung des Preislenkungskommissars, Preischilder und Preisverzeichnisse in den Geschäften auszuhändigen, auch durchgeführt wird.

Ist es denn wirklich so schwer . . . ?

Die Not ist groß. Arbeitslosigkeit überall. Selbst solche Menschen, die noch Arbeit haben, glauben oft nicht mehr weiterzukönnen. Wohin man hört, überall wird von dem düsteren Ende gesprochen, obwohl sich niemand eine Vorstellung davon machen kann. Hoffnungslos und tatenlos warten jene auf den Tag, der das graufame Ende bringen soll. Wie oft hört man es leider auch von Kolleginnen und Kollegen, die da sagen: „Das hat es noch für Zweck, daß ich im Verbands bin, die Gewerkschaften können ja doch nichts mehr tun, man sieht ja doch das Ende kommen.“ — Wie kann so ein gedankenloses Gerede einem Gewerkschaftler überhaupt in den Sinn kommen? Wer sich diesem Gerede vom „Untergang“ hingibt, der trägt dazu bei, die Kräfte lahmzulegen, die diese Not überwinden sollen, und die Hoffnungen zu töten, die

RSO.-Politik

Der wilde Streik in Ehingen a./D.

bessere hygienische Wasch- und Badeeinrichtungen verlangt. Uebrigens eine Forderung, die von den Gewerkschaften des östern gestellt wurde. Dagegen ist zu sagen, daß die Belegschaft die moderne Badeeinrichtung der Keißerei ungenügend benutzen kann und auch heute noch mehr in dem Zusammenhang stehen wie bei der alten Firma. Die Streikleitung, ausgerüstet mit roten Armbinden, stand am 18. Februar bei Beginn der ersten Schicht (morgens 6 Uhr) in stattlicher Zahl in den Straßen und am Eingangstor des Betriebes, um die Arbeitswilligen abzuhalten. Aber auch die Firma hatte dafür gesorgt, daß die Arbeitswilligen ungehindert ihrer Arbeit nachgehen konnten. Ein staatliches Aufgebot der Gendarmerie und Polizei stellte sich ebenfalls zur rechten Zeit ein und machte den Weg frei. Eine kleine Arbeitswillige zeigte sich besonders mutig, als sie von einem roten Armbindenträger angehalten wurde; sie sagte ihm ohne jede Scheu ins Gesicht: „Ihr gebt mir doch nichts, wenn ich nichts zu fr. . . habe.“

Den Streikenden, etwas weniger als die Hälfte der Belegschaft, wurde bis zum 20. 2. Zeit gelassen. Wer sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht entschließen konnte, werde fristlos auf Grund des § 23 B.R.G. entlassen. So wurde die Zahl der Streikenden immer kleiner, so daß am 21. früh noch 21 eingeschriebene Briefe zur Post gingen, welche die fristlose Entlassung in sich bargen. Jene bedauernswerten Menschen können sich jetzt bei denen bedanken, die sie in die Arbeitslosigkeit gestürzt haben.

Am 21. hielten die Arbeitswilligen eine Belegschaftsversammlung ab, zu der sie auch die Vertreter der im Betrieb vorhandenen Organisationen zuzogen. Die beiden Betriebsratsmitglieder Einzelmann Paul und Stalger Franz gaben Aufschluß über den Verlauf des unfruchtlichen Kampfes und fanden von den Anwesenden Dank und Anerkennung dafür, daß sie den Mut hatten, sie aufzufordern, die Arbeit fortzusetzen, ohne Rücksicht darauf, welche Schimpfnamen auch von Seiten der Heher über sie ausgeschüttet werden. Die Herren der RSO. haben mit ihrer Hege gegen die Gewerkschaften gerade das Gegenteil erreicht. Anstatt der erhofften Zerklüftung der Gewerkschaften haben die Versammlungsteilnehmer sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, sich den Organisationen reiflos anzuschließen. Wenn die RSO. als auch sonst nichts erreichte, so doch das eine, daß die Arbeiterschaft in Ehingen gelernt hat, einzusehen, daß es für sie nur eines geben kann: den Anschluß an einen tariflich anerkannten Berufsverband — und das ist für uns der Zentralverband christlicher Textilarbeiter P. S.

in uns noch lebendig sind. Wenn ihr so demüt, dann werdet ihr nicht dem Ende, aber einem Schrecken ohne Ende entgegengehen. Keine schützende Hand wird sich euch entgegenrecken, wenn ihr in Not seid, hilflos steht ihr dem Kapitalismus gegenüber.

Wir sollen nicht entmutigt verzagen, sondern mit starken Händen das uns auferlegte Schicksal ergreifen. Wie können wir eine Besserung verlangen, wenn wir die Hände untätig in den Schoß legen und uns willenlos vom Schicksal treiben lassen? Ist es denn wirklich so schwer, kraftvoll zu stehen und die Hoffnung zu behalten im Sturme der Zeit? Ohne Hoffnung ist unser Dasein ein Nichts!

Es war am letzten Tag im alten Jahr, wo ich in der weichen, weißen Decke des frischgefallenen Schnees mit meinen Schneeschuhen durch den traumstillen Winterwald wanderte. Mir bot sich da ein seltener Anblick. Eisverharrt, rauchreifverzaubert versanken die Nichten im metertiefen Schnee. Zentnerschwer lastete Eis und Schnee auf Gezweige und Wipfel. Eilig segte der Sturm darüber hinweg.

Die Bäume biegen sich, ja manche brechen auch, wenn der rauhe Atem zu forsch durch die Wälder segt, doch ein kraftvoller Baum hält trotzig auch dem Sturme aus. All das ist ja notwendig, damit der Stamm des Baumes erstarkt, die Wurzeln sich fester im Boden verankern.

So auch bei den Menschen. Wir werden nur das zu halten imstande sein, was wir uns mit starker Hand und warmem Herzen erkämpft haben. Das wird uns noch viel Arbeit kosten, aber je weniger wir zweifeln, um so eher wird es uns gelingen. Darum, liebe Kollegin, lieber Kollege, betrachte deine Zugehörigkeit zum Verband als etwas Unentbehrliches. Erfülle mit Leib und Seele deine Pflichten, sei jederzeit zur Stelle, wenn es gilt, dich als wahren Gewerkschaftler und begeistertsten Anhänger zu zeigen. Wenn das bei dir der Fall ist, dann werden wir alle als Glied eines großen Ganzen die Hoffnung auf eine bessere Zeit nicht verlieren. Diese Hoffnung aber wird zur frohen Gewißheit werden. Wenn heute nicht, dann morgen. — Frieda Schlaß.

Front der christlichen Arbeiterkraft

Angehts der offenkundigen Gefahren, die von den radikalen Bewegungen — Nationalsozialismus und Kommunismus — für die Ordnung in Wirtschaft und Staat ausgehen, hat nunmehr auch die christliche Arbeiterkraft in allen Bezirken Westdeutschlands ihre freiwilligen Bereitschaften zum Schutze der Ordnung formiert. In diesen Bereitschaften der christlichen Arbeiterkraft, in der „Sozialfront“, stehen Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine Schulter an Schulter zur Abwehr jedes gewaltsamen Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung. Die zunächst dreigliedrige Führung der Sozialfront liegt für Westdeutschland bei den Herren Rönne-Röln (Gewerkschaften), Lattnerhaus-Röln (Arbeitervereine) und Rager-Röln (Gesellenvereine). Die Verbindung mit weiteren Gliederungen der christlichen Arbeiterbewegung sowie anderen verfassungstreuen Kreisen des Volkes ist aufgenommen. Die gesamte christliche Arbeiterkraft selbst ist aufgefordert, sich in die betrieblichen und örtlichen Bereitschaften der Sozialfront einzugliedern.

Frei Artkötter 60 Jahre

Der 29. Februar ist ein seltener Gast. Er kommt normalerweise nur alle vier Jahre. Ausgerechnet diesen unzuverlässigen Tag hat sich Frei Artkötter als Geburtstag gewählt. Das entspricht seiner bescheidenen Eigenart, das kennzeichnet seinen ganzen Charakter. Am 29. Februar 1872, vor nunmehr 60 Jahren, ist Frei Artkötter geboren. Mit der Wahl seines Geburtstages hat er uns vor die schwierige Frage gestellt, den wievielten Geburtstag wir denn nun feiern sollen. In unserer dringenden Zeit können wir uns mit solchen Problemen nicht lange beschäftigen. Frei Artkötter ist nun 60 Jahre alt und verdient gerade wegen seiner Eigenart und Bescheidenheit unsere besonderen Glückwünsche an diesem selteneren Geburtstag. Er ist nämlich einer der ältesten Pioniere des christl. Textilarbeiterverbandes im Münsterland. Mit selbstloser Hingabe und vorbildlichem Eifer hat er sich besonders bei den Arbeiterinteressen im Rheinischer Gebiet, diesem besonders schwierigen Gebiet, angenommen. Deshalb wird er auch so hoch geschätzt. Nicht nur bei seinen Textilarbeitern, sondern auch bei der ganzen Bürgerschaft und ebenso von den Behörden. Er ist ein lebendiges Beispiel treuester Pflichterfüllung auf allen Gebieten, ein Beispiel besonders für unsere Jugend. Deshalb für ihn auch an dieser Stelle

Anerkennung, Dank und herzlichste Glückwünsche!

Aus der Jugendbewegung

Weibliche Jugendgruppe Hülls Wimpelweibe

Im Januar d. J. konnte die weibliche Jugendgruppe der Ortsgruppe Hülls das Fest ihrer Wimpelweibe begehen. Zahlreich hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe sowie die Eltern der jugendlichen Kolleginnen dazu eingefunden. Der Abend wurde mit einem Musikstück von Fel. Eise Regen, welche sich liebeswürdig in den Dienst der Sache gestellt hatte, eingeleitet. Die Leitung des Abends lag in den Händen der Kollegin Kappels, Krefeld. Sie begrüßte alle Erschienenen, besonders den Vorstand der Ortsgruppe und einige Mitglieder des Gemeinderates. Dann folgte ein Vortragsabend, vorgelesen von Kath. Hausmanns. Nach diesem jungen alle das Lied „Wir sind jung, die Welt ist offen“. Eise Edel sprach dann das Gedicht „So, deutsche Jugend, wo ist deine Seele“. Anschließend hieran folgte die Festrede mit Wimpelweibe. Die Kolleginnen hatten in einem Halbkreis auf der Bühne Aufstellung genommen. Den Wimpel selbst angefertigt von der Schriftführerin der Jugendgruppe (Kath. Krefeld) trug die Kollegin Kapp. Der Festredner, Kollege Steiger, sprach in kurzen Worten über die Bedeutung der Jugendgruppe und ihre Einstellung zum Verband. Den Prolog zur Wimpelweibe trug Eise Schroers vor. Nach der Festrede erklang das Lied „Wenn wir schreiten Seit an Seit“. Anschließend war auch der hochm. Herr Dechant Wolter erschienen, der in überzeugenden Worten zu den Versammelten sprach. Ebenso richtete der Vorsitzende der Ortsgruppe, der Kollege Hoff, einige Worte an die Mitglieder.

Die Pause wurde ausgenutzt durch den Verkauf von Rosen für die angefertigten Handarbeiten. Der zweite Teil begann mit dem Vortragsabend „Arbeiterinnen“, vorgelesen von Christine Kapp. Nun wurden von den Mitgliedern der weiblichen Jugendgruppe einige Sachen vorgelesen, die die Lehmschale in Bewegung brachten. So z. B. der Reigen „Die vier höchsten Sommerfrüchte“ sowie die Theaterstücke „Der häusliche Krieg“, „Das trostige Dind“, „Die bösen Suben“ und „Der lustige Liebesbrauch“.

Alle Kolleginnen haben ihr Bestes getan, um den Abend gut und würdevoll zu gestalten. Am Schluß des Abends folgte die Befragung der von der weiblichen Gruppe hergestellten Handarbeiten. Danach einer Zug damit beglückt von dannen.

Im Schlußwort sprach die Kollegin Kappels allen den Dank aus, die zum Gelingen des Abends beigetragen hatten, besonders Fel. Regen sowie der Führerin der Gruppe, Kollegin Kapp, und den Mitgliedern der Jugendgruppe. Dann gab sie den Worten Ausdruck, daß alle, besonders aber die Eltern der Kolleginnen, von diesem Abend befriedigt nach Hause gehen möchten. Sie wissen, daß ihre Mädchen durch die Schulungsabende in der Jugendgruppe manches Wissenswerte für ihr Erwerbsleben mit auf den Lebensweg nehmen.

Josefine Krücker

Berichte aus den Ortsgruppen

Bamberg. Die Ortsgruppe Bamberg konnte zu ihrer großen Freude anlässlich ihrer Generalversammlung zwei tüchtige Verbandskollegen ehren. Kollege Martin Schneiderbauer, Gaußdorf, hat für den Verband in verhältnismäßig kurzer Zeit 30 neue Mitglieder gewonnen. Mit herzlichem Dankworten überreichte Kollege Koberstein dem eifrigen Berichter im Auftrag des Hauptvorstandes die goldene Ehrennadel. Kollege Schneiderbauer hat in rüstiger und nimmermüder Arbeit diese Auszeichnung verdient. Wenn man weiß, wie schwierig in der gegenwärtigen Zeit die Werbearbeit ist, wird man diese Leistung gewiß voll anerkennen müssen. Die Ortsgruppe dankt aber auch noch einem weiteren Kollegen ehren, den Kollegen Georg Kraus von Gaußdorf. Dieser Kollege hat in der kurzen Zeit von einem Vierteljahr ebenfalls 25 neue Mitglieder gewonnen. Aus diesem Grunde wurde er mit der silbernen Ehrennadel und Dr. Alfons Kobl's „Willkommene“ geehrt. Kollege Kraus ist ebenso wie Schneiderbauer ein Kämpfer für unsere Bewegung, auf den unsere Ortsgruppe wirklich stolz sein kann. Das Erfreuliche ist, daß die beiden Kollegen nicht wegen der äußeren Ehre, sondern ganz aus Liebe zur Sache für die Ausbreitung des Verbandes kämpfen. Herr Pfarrer Michael Drummert, Gaußdorf, beglückwünschte in längeren Ausführungen die beiden Geehrten und gab seiner Freude über die erzielten Erfolge Ausdruck. Wir brauchen ganze Reihen in unserer christlichen Arbeiterbewegung, Menschen, die auf Erden für das Reich Gottes kämpfen. Auf die beiden Geehrten braucht man nicht eifersüchtig zu sein, denn die verdiente Prämie kann sich jeder holen. Die Ausführungen des Herrn Pfarrers, der ein aufrechter und eifriger Förderer unserer Bewegung ist, fanden in der Versammlung herzlichsten Widerhall.

Außerdem Kollege Koberstein den Geschäftsbericht und Fel. Kötter den Kassenbericht erstattet hatten, erfolgte die Wahl des Vorstandes, aus der als erster Vorsitzender Kollege Schneiderbauer hervorging. Dem vereidigten Kollegen Streck wurde für seine langjährige Tätigkeit als bisheriger Vorsitzender der herzlichste Dank ausgesprochen. Die schon verabschiedete Versammlung bewies, daß unter den Mitgliedern der Ortsgruppe ein prächtiges, harmonisches Verhältnis besteht.

Coesfeld. Unsere Generalversammlung am 2. Februar war gut besucht. Der Vorsitzende dankte allen Erschienenen. Ein besonderer Gruß des Willkommens galt dem Kollegen Gerckhoff, Münster, und dem neuen Geschäftsführer des Gebietsrats Coesfeld-Kölnen, dem Kollegen Wilh. Göde. Er sprach bekannt, daß der Wohnort des neuen Geschäftsführers in Zukunft in Coesfeld sein werde. Diese Bestimmung des Wohnortes ist notwendig geworden durch die Verteilung einiger Geschäftsstellen. Im ersten Teil der Versammlung gab dann der Vorsitzende, Kollege Gerckhoff, den Geschäftsbericht. Die Ortsgruppe Coesfeld ist auch von den Feststellungen der Kreisversammlung betroffen. Durch

Nationalisierung und Betriebsumstellung sowie durch Betriebsänderung wurde eine Anzahl Mitglieder erwerbslos. Das wirkte sich auf den Mitgliederstand aus. Doch ist es dank der Werbearbeit eifriger Funktionäre gelungen, den Mitgliederstand in mäßigem Rahmen zu halten. Naturgemäß sanken infolge der Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit auch die Einnahmen. Wurden doch den Mitgliedern von den Einnahmen rund 2500 RM an Unterstufungen wieder zugeführt. Die beiden Jugendgruppen arbeiten zur Zufriedenheit und trotz der Krise mit Erfolg. Ihre Mitgliederzahlen haben sich gehalten. An Neuaufnahmen wurden von den Gruppen 24 gemacht.

Als nach dem Kassenbericht für das letzte Quartal vorgelesen vom Kollegen Uphues, der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder des Jahres 1931 gebacht hatte, schritt die Versammlung zu den Tagesfragen. Dabei wurden der ausstehende Bestand, die Kassenrevisionen und familiäre Kartellbelegierten einstimmig wiedergewählt.

Darauf nahm Kollege Kerckhoff, der in den letzten Wochen das verwalte Sekretariat mitverwaltet hatte, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er dankte allen Funktionären für ihre Mitarbeit und auch für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht worden sei. Zugleich bat er, dem neuen Geschäftsführer dem er im Namen des Bezirks Westfalen ein herzliches Willkommen entgegenrief, gleiches Vertrauen zu schenken. Kollege Göde nahm sodann das Wort zu einer längeren Ansprache. Er dankte für die freundliche Begrüßung, die ihm in seinem neuen Wirkungskreis zuteil geworden sei. Coesfeld und das ganze Sekretariat seien ihm kein unbekanntes Land, so führte er aus. In seiner früheren Tätigkeit in der Verbandsjugendbewegung habe er bereits das Leben der einzelnen Gruppen in etwa kennen gelernt. Aber jetzt sei ihm die Leitung der ganzen Gruppen anvertraut. Das erfordert, daß alle in der Bewegung, vor allem alle Funktionäre, gemeinsam mit am weiteren Ausbau der Bewegung tätig seien. Erfolg und gute Zusammenarbeit hätten zur Voraussetzung gegenseitiges Vertrauen, Offenheit und Klarheit in allen Dingen. Ohne diese gehe es besonders in heutiger Zeit nicht, wo von allen Seiten versucht werde, einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung zu treiben. Diesen Bestrebungen müsse eine klare und feste Front christlich gefinnter Gewerkschaften entgegengestellt werden. Er forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, gemeinsam mitzuwirken an dem inneren und äußeren Aufbau der Bewegung.

Der reiche Beifall zeigte, daß der neue Geschäftsführer den rechten Ton gefunden hatte. Das klang auch in der anschließenden längeren Debatte heraus. Die Ortsgruppe Coesfeld werde alles tun, um den Erfolg zu sichern, so stellte der Vorsitzende wieder am Schluß fest. Seine und auch die Kraft seiner Mitarbeiter könne nur dazu dienen, gemeinsam mit dem neuen Geschäftsführer zu schaffen, zum Wohle der christlichen Arbeiter-

Dülken. Kollege Hubert Verhufen jubilar. Am 4. März konnte unser verehrter erster Vorsitzender Kollege Hubert Verhufen auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Zentralverband christlicher Textilarbeiter zurückblicken. In jungen Jahren schon schloß er sich unserm Verbande an, und während dieser Zeit fand er immer in der vordersten Reihe im Kampfe um die Rechte der Textilarbeiter. Im Ortsgruppenvorstand, wo er als erster und zweiter Vorsitzender und Schriftführer tätig war, ist Kollege Verhufen schon 18 Jahre. Ferner war er neun Jahre Obmann des Betriebsrates und ist Auszubildeten der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Würde es dem Jubilär vergönnt sein, noch recht lange für unsere gute Sache zu kämpfen. Unsern herzlichsten Glückwunsch zu seinem Ehrentage!

Düren. Unsere Ortsgruppe hatte am Sonntag, dem 14. Februar 1932 ihre Jahresgeneralversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Math. Dries, begrüßte die zahlreich Erschienenen. Er erstattete den Jahresbericht. In seinen Darlegungen zeichnete er die Tätigkeit des Vorstandes für Mitgliederzahl und Verband im Berichtsjahr 1931. Lohnsenkungen, Notverordnungen und sonstige Krisenereignisse bedrückten stark die Ortsgruppenleitung und Mitgliedschaft. Im besonderen zeichnete er die Schwierigkeiten, die sich bei den letzten Lohnbewegungen ergaben. Zum Schluß dankte er allen Mitarbeitern für ihre Treue und hob hervor, daß wir auch in Zukunft mit ganzer Kraft uns für die Interessen der Textilarbeiter einsetzen wollen.

Kollege Winand Dammers gab den Kassenbericht. Er hob hervor, daß die Leistungen des Verbandes für die arbeitslosen Mitglieder im Berichtsjahre eine beträchtliche Summe erreicht hätten. Damit sei der Wert der gewerkschaftlichen Organisationen in der Krisenzeit klar ersichtlich. Der Jugendführer Josef Schemm berichtete über die Tätigkeit der männlichen Jugendgruppe. Kurse, Versammlungen, Wanderungen, besondere Sitzungen und Veranstaltungen zeigten die geleistete Arbeit. Die Kollegin Gertrud Althausen berichtete über die Mitarbeit der jugendlichen Kolleginnen im Verbande, würdigte die Arbeit der älteren Mitglieder und zeichnete im besonderen die Aufgabe der jüngeren Generation.

Anschließend erfolgte die Vorstandswahl. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kollege Josef Perzich gewählt. Wieder gewählt wurden die Kollegen Math. Jordans, Jos. Dammers, Winand Dammers als Kassierer und die Kollegin Gertrud Althausen als Schriftführerin. Dann erfolgten die notwendigen Wahlen zur Lohnkommission, der Kartelldelegierten und Kassenrevisoren.

Nach den Wahlen sprach der Geschäftsführer Kollege Joh. Bröghes über die wirtschaftliche Lage und stellte dabei die Notwendigkeit heraus, unsere Arbeit im Interesse der Mitglieder und des Verbandes weiter zu leisten und zu fördern. Nach einer Ansprache schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Kundgebung der christlich-organisierten Textilarbeiterchaft des Gebietes. Am 14. Februar veranstaltete der christliche Textilarbeiterverband, Geschäftsführer Koberstein, gemeinsam mit dem Bezirkskartell Westfalen, im Gasthaus „Zum Hirschen“ in Waldbrunn eine gelungene Kundgebung. Geschäftsführer Raier konnte neben den zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen von Waldbrunn, Kollman und Gulich auch unseren beliebigen Zentralvorsitzenden, Kollegen Fahrnbach, den Bezirksleiter Kümmele, Bürgermeister Eberle neben einigen weiteren Mitgliedern vom Gemeinderat Waldbrunn sowie Kaplan Hurst als Vertreter des hoch. Arbeit- und Arbeitervereins Waldbrunn begrüßen. Anschließend behandelte Kollege Fahrnbach das Thema „Im Lebenskampf um Recht und Lohn“. Unter dem neuen Geschäftsführer zeigte Kollege Fahrnbach die unangenehmen Ursachen der Weltwirtschaftskrise auf und kam zu dem Resultat, daß die tiefere Ursache der Krise weniger wirtschaftlicher als politischer Art sei, denn trotz Kapitalismus, Ueberangebot von Fertigungsmitteln und rationellerer Produktionsweise, tieferer Verhältnissen in den meisten Industriebereichen bestehe ungenügende Abnahmefähigkeit, weil eben das gegenseitige Vertrauen fehle und die ganze Welt von Miströnen und dem Geist des Hasses erfüllt sei und die Kaufkraft der dritten Klassen fehle. Von diesem Geiste des Hasses seien auch der Reichsleiter Jochen Fahrenberg und die Tribünen diktiert, und so sei das Bild des hohen Deutschland eingezeichnet worden, das seine Richtung auch innenpolitisch nicht verfolgt habe. Der Redner behauptete in seinen weiteren Ausführungen die verworrenen Forderungen der äußersten politischen Rechten und Linken und legte eine Diktatur von links wie von rechts mit aller Entschiedenheit ab. Der Redner und Kollaborator portiert, ist ein Verfechter des christlichen Sozialismus. Wenn sich die Staatsmänner nicht noch in zahlreicher Stunde auf die Verarmung besinnen, wird der kulturelle Zusammenbruch Europas unausweichlich sein. Das

Erbe wird der Bolschewismus übernehmen. Die weiteren Ausführungen galten der Wirtschaft bei verschiedenen Industrie- und Bankunternehmungen, wie sie nach deren Zusammenbruch bei Gerichtsverhandlungen bekannt wurden. Einen breiten Raum nahmen auch die beachtenswerten Bemerkungen über die Preis- abbaubestrebungen der Regierung und deren Sabotierung ein. Großes Interesse fand auch die Behandlung der für die Arbeiterchaft besonders wichtigen Abschnitte aus den Notverordnungen, soweit sie das Arbeitsrecht, Schlichtungswesen, soziale Versicherung und Lohnpolitik betrafen. Die vom Redner verlangten Änderungen und Milderungen einzelner Verordnungen sowie die formulierten sonstigen sozialen Forderungen der christlichen Textilarbeiterchaft fanden lebhaften Beifall. Zum Schluß warnte der Redner vor politischen Experimenten und forderte angesichts der Wachstumsfellen der radikalen Elemente von rechts und links vor Besonnenheit und Ruhe auf, aber auch zur aktiven Mitarbeit zum Wohle von Volk und Nation. Reicher Beifall folgte der fast zweistündigen Rede. — Von der Diskussion wurde reichlich Gebrauch gemacht. Gefordert wurde die Aufhebung sämtlicher Notverordnungen, Verbot von Aufmärschen, sofortige Auflösung von Versammlungen, die sich gegen die Staatsordnung wenden; außenpolitisch die endliche Liquidierung des Krieges, Beilegung der ungerechten Verträge und Lasten, Forderungen lokaler Art richteten sich gegen ungenügenden Preisabbau, speziell bei der Milch, beim Gas und bei der Miete. Geschäftsführer Raier wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Kartellvorstand die notwendigen Schritte zu unternehmen, um dem ungenügenden Abbau entgegenzutreten.

Embsitten. Am 14. Februar hatte unsere Ortsgruppe aus Anlaß des 25jährigen Bestehens ihre Mitglieder zu einer Familienfeier verbunden mit Jubiläumsfeier, zusammengepflogen. Eingeleitet wurde diese Veranstaltung durch eine Funktionärversammlung am Sonntagmorgen. Der Vorsitzende konnte neben anderen Funktionären, die sehr zahlreich erschienen waren, noch den Kollegen Otto Raier, der das Sekretariat übernommen hatte, begrüßen. Der Kollege Raier führte uns die augenblickliche wirtschaftliche Lage vor Augen. Unsere gewerkschaftliche Arbeit ist aufgebaut auf das Materielle, auf das Wirtschaftliche. Zweck unserer Arbeit ist ja zunächst durch den Zusammenschluß die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes zu heben. Leider haben wir aber in den letzten Jahren zu verzeichnen gehabt, daß immer wieder versucht worden ist, das Gegenteil zu bewirken. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung; dafür zu sorgen, daß nicht alle Opfer, die sich aus der wirtschaftlichen Not ergeben, auf die Schultern der Arbeiter abgemäht werden. Wir wollen nicht verkennen, daß heute alle Schichten des deutschen Volkes von der wirtschaftlichen Not betroffen sind, aber ebenso wahr ist es auch, daß den Arbeitern die meisten Opfer aufgebürdet sind. Trotz aller Not ist auch jetzt noch nicht der Höhepunkt erreicht, und infolgedessen geht der Kampf weiter. Wir müssen uns darüber klar werden, warum es denn eigentlich heute geht. Das Streben vieler Wirtschaftsmenschen geht um die Verschlechterung von Lohn- und Arbeitszeit, Beseitigung der sozialen Geseße. Die in den letzten Jahren vorgenommene Nationalisierung hat mehr Kosten verursacht, wie es bei hohen Löhnen der Fall gewesen wäre. Es sind aber durch diese Maßnahmen arbeitende Menschen aus den Betrieben verdrängt worden. Dieses war eine verkehrte Politik. Auch die sechs Millionen Arbeitslosen müssen von der Wirtschaft unterhalten werden. Nicht nur die verminderte Ausfuhr ist Hauptschuld der schlechten Wirtschaftslage, sondern in der Hauptsache die rückgehende Kaufkraft im Innern. Eine Hauptursache ist zu suchen in den Reparationen. Wir als Arbeiter haben dieses schon lange erkannt, obwohl viele Wirtschaftsführer die Ansicht vertreten haben, die hohen Löhne seien drückender als die Reparationen. Gerade heute ist es notwendig, daß das deutsche Volk geschlossen hinter der Regierung steht. Wir haben zur Genüge erkannt, daß das Arbeiten der revolutionären Kräfte uns keine Besserung bringen kann. Wenn wir auch in Zukunft zusammenhalten, wird ihnen das Vorhaben nicht gelingen.

Auch die eigentliche Familienfeier des Nachmittags zeigte den rechten Gewerkschaftsgeist, der unsere Umdeklener Arbeiterchaft besetzt. Ein großer Teil konnte keine Sichellegenheit mehr finden. Nachdem die Kollegin Behrens einen Prolog vorgetragen hatte, nahm der Kollege Otto Raier das Wort zu seinem Vortrage. Ausgangspunkt waren die Opfer und Schwierigkeiten der vorgewerkschaftlichen Zeit. Er gab einen klaren Überblick über das bis jetzt Erreichte und spornte die Mitglieder zu weiterer tatkräftiger Gewerkschaftsarbeit an. Dann nahm der Geschäftsführer, Kollege Lücke, die Ehreng der 20 Jubilare vor, welche mit freudestrahlenden Gesichtern ihre Ehrengaben in Empfang nahmen. Den alten Kämpfern zu Ehren brachten die beiden Jugendgruppen einige sinnvolle, der Zeit entsprechende Theaterstücke zur Aufführung, welche alle Teilnehmer wenigstens für ein paar Stunden die alltäglichen Sorgen vergessen ließ.

Chr. Niehoff

Bekanntmachung.

Männliche Jugendgruppe Düren.

Wochenendkurs der männlichen Jugendgruppe Samstag, den 12., und Sonntag, den 13. März 1932, im Gewerkschaftshaus Düren, Holzstr. 18.

Tagesordnung:

1. Die Wirtschaftskrise und ihre Ursachen.
 2. Kapital, Geld und Lohn.
 3. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Textilarbeiterchaft und Verband.
 4. Die Aufgaben der Jugendgruppe in der Krisenzeit.
- Beginn Samstag 4 Uhr, Ende 8 Uhr. Sonntag 9.30 Uhr Fortsetzung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Scheidung der Geister. — Für Hindenburg! — Sozial — christlich — national. — Hindenburgs Ruf. — Die KPD. als Arbeiterinteressenvertreter. — Senkung der Lebenshaltungskosten ungenügend! — KPD-Politik. — Ist es denn möglich so schwer? — Front der christlichen Arbeiterchaft. — Frei Artkötter 60 Jahre. — Feuilleton: Ansköden um Hindenburg. — Allgemeine Kundgebung. — Aus der Jugendbewegung. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Bekanntmachung.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.

Sächsische Bettfedern.

Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 103

Provinz Sachsen, Auguststr. 4

endet immer nur allerbeste streng reelle Qualitäten —

Bettfedern befestigt billiger zu Fabrikpreisen

Fern primär Bett-Inlett

Prüfen Sie selbst und vergewissern Sie Proben und Preisliste umgehend und portofrei.

„Der Deutsche“

ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers